



# Erläuterungen zum Entwurf des Haushaltsplans 2022

## Einzelplan 03





## Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>I. Überblick über den Einzelplan 03</b>	<b>2</b>
<b>1 Einnahmen</b>	<b>3</b>
<b>2 Ausgaben</b>	<b>5</b>
2.1 Gesamtausgaben	5
2.2 Personalausgaben	7
2.3 Sachausgaben	8
<b>3 Personalhaushalt</b>	<b>10</b>
3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben	10
3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen	10
3.3 kw-Vermerke	11
3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung	13
<b>II. Stellenpläne, Einnahmen und Ausgaben nach Kapiteln</b>	<b>15</b>
03 010 Ministerium	16
03 020 Allgemeine Bewilligungen	19
03 110 Polizei	20
03 130 Deutsche Hochschule der Polizei	24
03 310 Fünf Bezirksregierungen	26
03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW	30
03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW	34
03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung	36
03 750 Institut der Feuerwehr NRW	37
03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen	39
03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Rich- ter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	40
03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen	41





**I.**

**Überblick**

**über den**

**Einzelplan 03**

**Der vorliegende Erläuterungsband bezieht sich auf den  
Entwurf des Haushaltsplans 2022<sup>1</sup>.**

## **1 Einnahmen**

Die Gesamteinnahmen verringern sich gegenüber dem Vorjahreshaushalt um 11,7 Mio. EUR auf nunmehr **187,5 Mio. EUR**.

Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im vergangenen Haushaltsjahr eine Erstattung der Kosten für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 durch den Bund in Höhe von 19 Mio. EUR im Kap. 03 010 vereinnahmt wurde, die im Haushaltsjahr 2022 entfällt. Zudem sinken u.a. die Einnahmen in der Titelgruppe Entmunitionierung (-4,8 Mio. EUR, Kap. 03 310).

Im Jahr 2022 sind dagegen erstmals Einnahmen durch Gebühren für das neu eingerichtete elektronische Gesundheitsberuferegister (eGBR) zu erwarten (+8,7 Mio. EUR, Kap. 03 310).

Darüber hinaus steigen die Erstattungen für die Zentrale Stelle nach § 26 Abs. 6 Pflegeberufegesetz (+0,5 Mio. EUR, Kap. 03 310), die Gebühreneinnahmen im Zusammenhang mit dem Glücksspielwesen (+0,2 Mio. EUR, Kap. 03 310) und Einnahmen aus Fiskuserschaften (+0,5 Mio. EUR, Kap. 03 310).

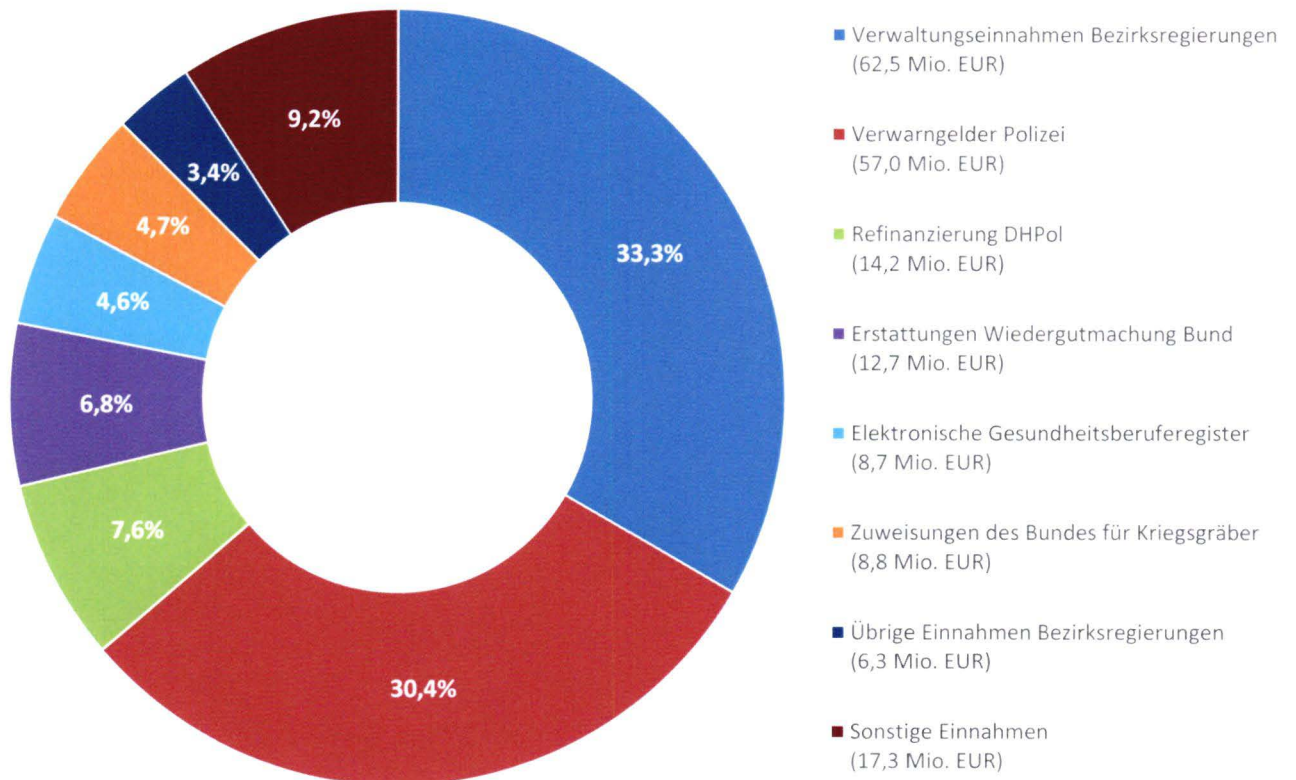
Zudem erhöhen sich die Erstattungen des Bundes (+0,2 Mio. EUR, Kap. 03 130) und der Länder (+0,9 Mio. EUR, Kap. 03 130) für die Verwaltungsausgaben der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol).

Des Weiteren steigen die Einnahmen der DHPol für die Aus- und Fortbildungen von Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem Inland (+0,3 Mio. EUR, Kap. 03 130) sowie beim Institut der Feuerwehr NRW (IdF) die Erstattungen für die Durchführung der Ausbildung im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes (+0,6 Mio. EUR, Kap. 03 750).

---

<sup>1</sup> Die Einnahmen und Ausgaben sind auf ein oder zwei Stellen hinter dem Komma gerundet.

Die nachstehende Grafik veranschaulicht die **Einnahmenstruktur des Einzelplans (187,5 Mio. EUR)**:



## 2 Ausgaben

### 2.1 Gesamtausgaben

Das Ausgabevolumen 2022 beträgt **6.720,02 Mio. EUR**, wobei sich die Ansätze der Ausgaben im Einzelplan gegenüber dem Vorjahr um 303,17 Mio. EUR erhöhen.

<b>Gesamtausgaben</b>	<b>2022</b> Mio. EUR	<b>2021<sup>2</sup></b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>6.720,02</b>	<b>6.416,85</b>	<b>+303,17</b>	<b>4,73</b>
• Personalausgaben	5.293,71	5.120,34	+173,37	3,39
• Sächliche Verwaltungsausgaben	938,93	865,59	+73,34	8,47
• Zuweisungen und Zuschüsse	131,37	133,83	-2,46	-1,84
• Baumaßnahmen und Investitionen	393,52	334,93	+58,59	17,49
• Besondere Finanzierungsausgaben	-37,50	-37,84	+0,34	0,91

Die Personalausgaben (siehe Nr. 2.2) erhöhen sich prozentual leicht um 3,39 Prozent (173,37 Mio. EUR).

Die Ausgaben für die sächlichen Verwaltungsausgaben (Hauptgruppe 5) steigen u.a. aufgrund höherer Ausgaben für Miete und Pacht der Gebäude sowie geplanter Ausgaben für die technischen Ausstattungen der Bezirksregierungen und der Polizei um 73,34 Mio. EUR (8,47 Prozent).

Die Zuweisungen und Zuschüsse (Hauptgruppe 6) sinken moderat um 2,46 Mio. EUR (-1,84 Prozent), vor allem da die Kostenerstattung an die Gemeinden für die Durchführung der Bundestagswahl (19,0 Mio. EUR in 2021) zwar entfällt, jedoch durch die Kostenerstattung für die Durchführung der Landtagswahl (19,9 Mio. EUR) ersetzt wird.

Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen (Hauptgruppen 7 und 8) steigen um 58,59 Mio. EUR (17,49 Prozent). Dies ist u.a. auf Beschaffungen der Polizei (Anstieg um 44,7 Mio. EUR), Erwerb von Landesfahrzeugen für die kommunalen Feuerwehren und den Katastrophenschutz (Anstieg um 14 Mio. EUR) sowie die Neu- und Umbaukosten des IdF (Anstieg um ca. 6 Mio. EUR) zurückzuführen. Dagegen wurden Einmalinvestitionen in den Kapiteln abgesetzt.

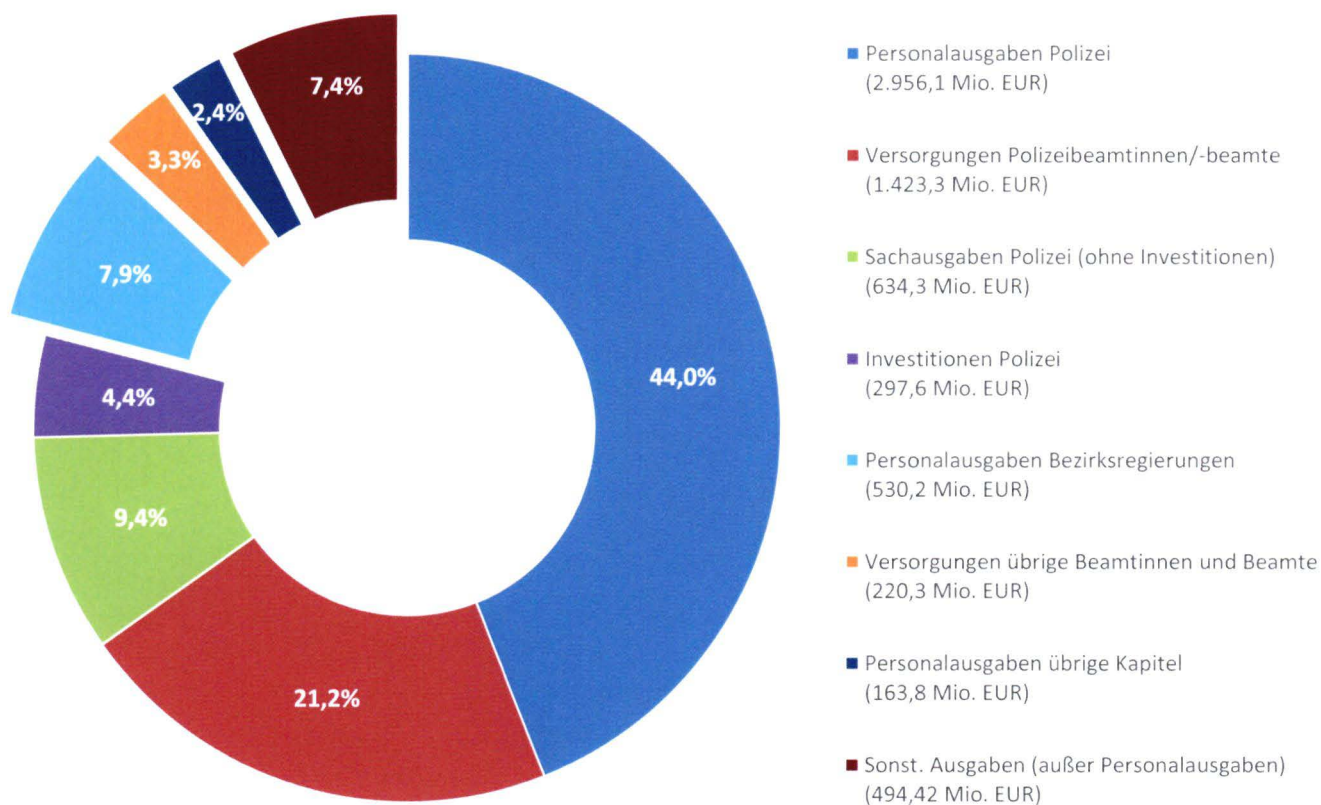
Die besonderen Finanzierungsausgaben (Hauptgruppe 9) bleiben nahezu gleich.

Im Haushalt 2022 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. EUR zu erbringen.

<sup>2</sup> Hier: Ausgabensoll 2021 inklusive unterjähriger Umsetzungen nach § 50 Abs. 1 LHO sowie Verlagerungen



Die nachstehende Grafik zeigt eine grobe Übersicht über die **Ausgabenstruktur des Einzelplans (6.720,02 Mio. EUR)**:



Der größte Anteil entfällt auf die Ausgaben für die Polizei. Allein die Personalausgaben der Polizei machen insgesamt 44 Prozent der Gesamtausgaben aus. Gemeinsam mit den Versorgungsausgaben für Beamtinnen und Beamte der Polizei (21,2 Prozent), den Sachausgaben (9,4 Prozent) und den Ausgaben für Investitionen (4,4 Prozent) sind der Polizei unmittelbar etwa 79 Prozent der Gesamtausgaben des Einzelplans zuzurechnen. Hinzu kommen mittelbar Ausgaben für Investitions-, Sach- und Personalmittel im Bereich der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW (HSPV), die als Ausbildungsinstitut u.a. für Kommissaranwärterinnen und -anwärter einen maßgeblichen Anteil ihrer Ausgaben für die Ausbildung des Polizeinachwuchses einsetzt, sowie der vom Land NRW zu tragende Anteil an den Kosten für die Deutsche Hochschule der Polizei.

Bei den übrigen Ausgabenblöcken des Einzelplans sind insbesondere die Personalausgaben der Bezirksregierungen mit etwa acht Prozent der Gesamtausgaben zu erwähnen. Die Versorgungsausgaben für die übrigen Beamtinnen und Beamten belaufen sich auf ungefähr drei Prozent, die Personalausgaben der übrigen Kapitel auf ca. zwei Prozent und die sonstigen Ausgaben aller übrigen Kapitel zusammen auf etwa sieben Prozent der Gesamtausgaben.

## 2.2 Personalausgaben

In der Hauptgruppe 4 sind 173,37 Mio. EUR mehr veranschlagt als im Vorjahr. Im Einzelnen sind folgende Veränderungen zu verzeichnen:

<b>Personalhaushalt</b>	<b>2022</b> Mio. EUR	<b>Anteil</b> in v.H.	<b>2021</b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>5.293,71</b>	<b>100,00</b>	<b>5.120,34</b>	<b>+173,37</b>	<b>3,39</b>
• Polizei	2.956,09	55,84	2.851,41	+104,68	3,67
• Versorgung	1.643,64	31,04	1.594,15	+49,49	3,10
• Bezirksregierungen	530,22	10,02	517,20	+12,13	2,35
• Ministerium	83,04	1,57	81,2	+1,84	2,27
• HSPV	52,42	0,99	50,30	+2,12	4,22
• Feuerschutz und IdF	11,64	0,22	10,74	+0,9	8,38
• DHPol	11,64	0,22	10,68	+0,96	8,94
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	5,03	0,1	4,66	+0,37	7,94

Die Personalausgaben aller Kapitel des Einzelplans steigen prozentual an. Die größte prozentuale Steigerung gegenüber dem Vorjahr erfahren die Ausgaben für die DHPol sowie für das IdF. Hier kommt es zu einer Aufstockung der Planstellen und Stellen (s. u. Erläuterungen zu den Kapiteln 03 130 sowie 03 750). Bei der DHPol ist dies vor allem die Folge der Schaffung neuer Stellen im Rahmen des Personalerweiterungskonzeptes. Beim IdF dient die Aufstockung in erster Linie dem Aufbau und Aufwuchs des Standortes aufgrund der Kapazitätserweiterung. Die größte Steigerung in absoluten Zahlen wird bei den Personalausgaben der Polizei vollzogen (etwa 104,68 Mio. EUR). Maßgebliche Positionen im Personalhaushalt der Polizei sind weitere neu eingerichtete Stellen für Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes, die Übernahme geprüfter Kommissarinnen und Kommissare sowie die Einstellung von 2.600 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern. Zudem werden neue (Plan-)Stellen, insbesondere zur Bekämpfung von Sexualstraftaten und Cyberkriminalität sowie für die Zentralabteilungen der Kreispolizeibehörden eingerichtet.



## 2.3 Sachausgaben<sup>3</sup>

<b>Sachhaushalt</b>	<b>2022</b> Mio. EUR	<b>Anteil</b> in v.H.	<b>2021</b> Mio. EUR	<b>+/-</b>	<b>+/-</b> in v.H.
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.426,31</b>	<b>100,0</b>	<b>1.296,51</b>	<b>+129,8</b>	<b>10,01</b>
• Polizei	931,91	65,34	836,50	+95,41	11,41
• Bezirksregierungen	202,33	14,19	185,63	+16,7	9,0
• Ministerium	125,35	8,79	119,26	+6,09	5,11
• Feuerschutz und IdF	97,76	6,85	95,05	+2,71	2,85
• Wiedergutmachung	31,77	2,23	34,19	-2,42	-7,08
• HSPV	33,35	2,34	27,92	+5,43	19,45
• Aus- und Fortbildungseinrichtungen	15,13	1,06	12,94	+2,19	16,92
• Allgemeine Bewilligungen <sup>4</sup>	9,44	0,66	9,44	+0,00	0,00
• Versorgung	15,54	1,09	12,37	+3,17	25,63
• DHPol	6,49	0,46	5,96	+0,53	8,89
• Globale Minderausgabe	-42,75	-3,0	-42,75	0,00	0,00

Auch die Sachausgaben steigen in nahezu allen Kapiteln an. Im Ministerium ist die Steigerung der Ausgaben insbesondere auf Aufwüchse für E-Government (+4,7 Mio. EUR), die zentrale Veranschlagung von Sach- und Dienstleistungskosten (+2,3 Mio. EUR) sowie im Bereich des Verfassungsschutzes (+1,2 Mio. EUR) zurückzuführen. Die Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Durchführung der Landtagswahl 2022 (+19,9 Mio. EUR) übersteigen zudem leicht die in 2021 veranschlagten Erstattungen für die Durchführung der Bundestagswahl (-19,0 Mio. EUR). Abgesetzt werden Investitionen im IT-Bereich, die im vergangenen Haushaltsjahr einmalig angefallen sind. (-6,8 Mio. EUR).

Die Steigerung der Ausgaben im Polizeikapitel entsteht durch die Erhöhung der Ansätze im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik (insgesamt +46,1 Mio. EUR) und des Digitalfunks (+11,0 Mio. EUR). Darüber hinaus steigen die Ansätze für dringende Vorhaben im Bereich der polizeilichen Liegenschaften im Saldo (+7,6 Mio. EUR) sowie für die Inanspruchnahme zwangsläufiger Dienstleistungen (+10 Mio. EUR). Gleichzeitig verringert sich u.a. der Ansatz für den Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen (-3,4 Mio. EUR).

Die Steigerung der Sachausgaben bei der DHPol (+0,5 Mio. EUR) kommt v.a. durch eine Erhöhung der Anzahl der Studierenden und der damit zusammenhängenden Ausgaben zustande (+0,4 Mio. EUR).

<sup>3</sup> „Sachausgaben“ umfassen sämtliche Ausgaben der Hauptgruppen 5 bis 9. Bei den einzelnen Werten wurde auf die jeweils letzte angegebene Nachkommastelle auf- bzw. abgerundet.

<sup>4</sup> Ohne Globale Minderausgabe

Auch bei den Bezirksregierungen steigen die Sachausgaben. Zwar sind u.a. die Ansätze für den Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich des Katasterwesens, Grundstückswertermittlung (-0,6 Mio. EUR) geringer als im Haushaltsplan 2021, jedoch wiegt dies nicht die Mehrausgaben u.a. aufgrund der Neueinrichtung der Titelgruppe „Ausgaben für das elektronische Gesundheitsberuferegister (eGBR)“ (+7,1 Mio EUR), für Sanierungsmaßnahmen (+2 Mio. EUR) sowie Ausgaben im Zusammenhang mit Mieten und Pachten (+2 Mio. EUR) auf.

Mehrausgaben bei den Aus- und Fortbildungseinrichtungen werden u.a. für Mietkostensteigerungen und bei der Fortbildungsakademie des IM, zudem für den Ausbau des E-Learnings, der datentechnischen Infrastruktur sowie Sanierungsmaßnahmen veranschlagt.

Die Steigerung der Sachausgaben bei der HSPV ist vor allem auf die Ausstattung des Neubaus in Duisburg (+4,37 Mio. EUR) zurückzuführen.

Bei den Sachausgaben in den Versorgungskapiteln wurden die Ansätze für die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

Im Kapitel Feuerschutz- und Hilfeleistung sind die Sachausgaben aufgrund der pandemiebedingten Verschiebung des Katastrophenschutztages NRW (+1,4 Mio. EUR) in diesem Haushaltsjahr veranschlagt. Die Ansätze für die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung sinken (-18 Mio. EUR). Dies ist auf den erhöhten Zuschussbedarf des IdF sowie die Ansatzserhöhung für die Kosten der Ausstattung mit Landesfahrzeugen (+14 Mio. EUR) zurückzuführen. Da für den Haushaltsvollzug jedoch faktisch mit Zuschüssen i.H.v. rund 41 Mio. EUR geplant wird und der Differenzbetrag durch verfügbare Ausgabereste getragen wird, entsteht den Kommunen hierdurch kein Nachteil.

Die Steigerung der konsumtiven Sachausgaben beim IdF ist insbesondere auf einen Mehraufwand für externe Fortbildungsveranstaltungen (+1,8 Mio. EUR) sowie höhere Kosten für materielle und personelle Ressourcen aufgrund einer Steigerung des Lehrangebots am Institut (+0,5 Mio. EUR) zurückzuführen. Darüber hinaus steigen die investiven Ausgaben u.a. für den Erwerb von Lehr- und Lernfahrzeugen (+3,1 Mio. EUR).



### 3 Personalhaushalt

#### 3.1 Wesentliche Veränderungen bei den Personalausgaben

##### Ausgaben für aktiv Beschäftigte

Bei den Ausgaben für Dienstbezüge, Entgelte, Beihilfen, Freie Heilfürsorge etc. der aktiv Beschäftigten (Hauptgruppe 4 abzüglich Versorgungskapitel) ergeben sich per Saldo um 123,0 Mio. EUR erhöhte Ansätze.

##### Ausgaben für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger

Die Ansätze für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sind auf Basis der Ausgaben der Vergangenheit sowie steigender Fallzahlen und linearer Verbesserungen nach landeseinheitlicher Vorgabe des Ministeriums der Finanzen berechnet. In der Summe liegen die Ansätze der Versorgungskapitel 03 900 und 03 910 mit 1.643,64 Mio. EUR um 49,48 Mio. EUR höher als im Vorjahr.

#### 3.2 Wesentliche Veränderungen bei den Planstellen und Stellen

##### Stellenbestand

Gegenüber dem Haushalt 2021 stehen mit 62.980 per Saldo 1.769 Planstellen und Stellen mehr im Entwurf.

- **2.360** Planstellen und Stellen sind **neu** ausgebracht, denen
- **591 entfallende** Planstellen und Stellen (Verlagerung, Umsetzung, Absetzung, kw-Realisierung) gegenüberstehen.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Veränderungen in den Kapiteln:

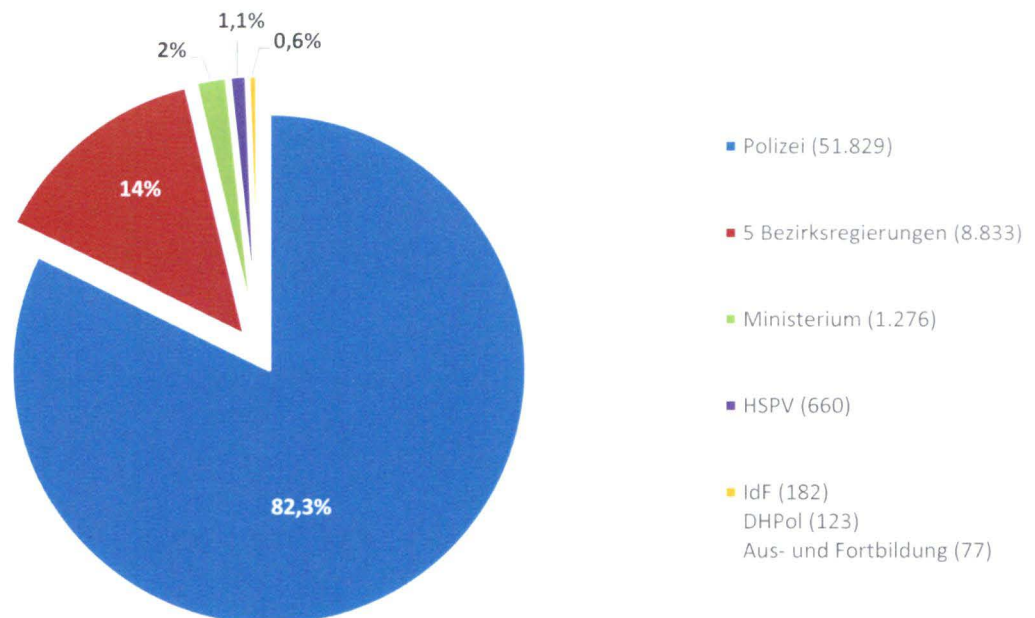
Planstellen und Stellen	2022	2021	Saldo	Neu	davon mit kw-Be- frachtung
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>62.980</b>	<b>61.211</b>	<b>+1.769</b>	<b>2.360</b>	<b>1.473</b>
• Polizei	51.829	50.649	+1.180	1.742	1.122
• Bezirksregierungen	8.833	8.333	+500	507	262
• Ministerium	1.276	1.251	+25	50	87
• HSPV	660	622	+38	37	0
• IdF	182	170	+12	12	1
• DHPol	123	113	+10	11	1
• Aus- und Fortbildung	77	73	+4	1	0

## Neue Planstellen und Stellen

Im Entwurf sind 2.360 **neue Planstellen und Stellen** berücksichtigt. Die Zuordnung der Planstellen und Stellen zu den einzelnen Kapiteln des Einzelplans ist in den jeweiligen Abschnitten in Teil II des Erläuterungsbands dargelegt.

## Personalverteilung im Geschäftsbereich

Das folgende Diagramm veranschaulicht, wie sich die Planstellen und Stellen des Einzelplans im Geschäftsbereich verteilen:



## 3.3 Kw-Vermerke

### Mengengerüst

Gegenüber dem Vorjahr ist die Zahl der kw-Vermerke insgesamt von 1.367 um 106 auf 1.473 gestiegen. Hierbei sind:

- 595 kw-Vermerke realisiert,
- per Saldo 3 kw-Vermerke in andere Einzelpläne umgesetzt,
- kein kw-Vermerk gestrichen,
- 704 kw-Vermerke neu ausgebracht, hiervon:
  - 30 im Ministerium; Qualifizierungsklasse
  - 573 bei der Polizei; Übernahmeplanstellen
  - 100 bei den Bezirksregierungen
  - 1 beim IdF.

Es ergeben sich im Einzelnen folgende Veränderungen gegenüber dem Vorjahr:

<b>Kw-Vermerke</b>	<b>2022</b>	<b>2021</b>	<b>Realisiert</b>	<b>Umgesetzt</b>	<b>Gestrichen</b>	<b>Neu</b>	<b>Saldo</b>
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.473</b>	<b>1.367</b>	<b>-595</b>	<b>-3</b>	<b>-</b>	<b>704</b>	<b>+106</b>
• Polizei	1.122	1.112	-570	7	-	573	+10
• Bezirksregierungen	262	185	-25	2	-	100	+77
• Ministerium	87	69	-	-12	-	30	+18
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-
• IdF	1	-	-	-	-	1	+1

Bei der Polizei sind 573 Planstellen zur Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren neu etatisiert und mit Fälligkeit zum 31.12.2022 kw gestellt. 570 Planstellen und Stellen entfallen durch die Realisierung von kw-Vermerken.

Im Kapitel der Bezirksregierungen entfallen insgesamt 25 Planstellen und Stellen durch die Realisierung von kw-Vermerken in unterschiedlichen Bereichen. 100 Planstellen und Stellen wurden kw gestellt, wobei der Großteil zur Bearbeitung von Zuwendungs- und Förderprogrammen nach § 6 Abs. 9a HHG 2021 eingerichtet wurde (insgesamt 85 Planstellen und Stellen mit Fälligkeit zum 31.12.2022 sowie 31.12.2023).

Im Ministerium werden 30 neue Stellen zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme mit kw-Vermerk eingerichtet. Ziel ist es, die Angestellten anschließend auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

### Fälligkeiten der kw-Vermerke

Die nachstehende Tabelle gibt die nominellen Fälligkeiten der kw-Vermerke gemäß Haushaltsentwurf bezogen auf die betroffenen Kapitel wieder:

<b>Fälligkeit der kw-Vermerke</b>	<b>Gesamt</b>	<b>unter Vorbehalt</b>	<b>Personegebunden</b>	<b>2022</b>	<b>2023</b>	<b>2024</b>	<b>2025</b>	<b>2026</b>	<b>2027 ff.</b>
<b>Einzelplan, hiervon</b>	<b>1.473</b>	<b>37</b>	<b>15</b>	<b>661</b>	<b>608</b>	<b>36</b>	<b>37</b>	<b>59</b>	<b>20</b>
• Ministerium	87	-	-	6	26	7	18	30	-
• Polizei	1.122	-	15	577	519	5	6	-	-
• DHPol	1	1	-	-	-	-	-	-	-
• Bezirksregierungen	262	36	-	78	63	24	13	28	20
• IdF	1	-	-	-	-	-	-	1	-



### 3.4 Einstellungsermächtigungen und Ausbildung

Die Einstellungsermächtigungen und Planstellen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst (Polizei, Allgemeiner Verwaltungsdienst und spezielle Laufbahnen) sind den Erfordernissen entsprechend etatisiert. Nachstehende Gesamtübersicht veranschaulicht die Einstellungsermächtigungen im Einzelplan:

<b>Kapitel</b>	<b>Einstellungsermächtigungen</b>	<b>2022</b>	<b>2021</b>
<b>Einzelplan</b>		<b>3.449</b>	<b>3.642</b>
• 03 010	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	2	2
• 03 110	Kommissaranwärterinnen und -anwärter	2.600	2.760
• 03 110	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter in der Polizei	69	69
• 03 110	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	26	47
• 03 310	Verwaltungsreferendarinnen und -referendare	20	20
• 03 310	Regierungsvermessungsreferendarinnen und -referendare	59	59
• 03 310	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	31	45
• 03 310	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	16	18
• 03 310	Regierungsinspektoranwärterinnen und -anwärter	307	340
• 03 310	Vollzugsoberssekretäranwärterinnen und -anwärter	5	13
• 03 310	Regierungssekretäranwärterinnen und -anwärter	52	52
• 03 310, TG 70	Regierungsvermessungsoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	28	23
• 03 310, TG 71	Umweltreferendarinnen und -referendare	20	11
• 03 310, TG 71	Umweltoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	32	47
• 03 310, TG 72	Referendarinnen und Referendare der Landespflege	6	6
• 03 310, TG 74	Gewerbereferendarinnen und -referendare	20	10
• 03 310, TG 74	Gewerbeoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	100	80
• 03 310, TG 74	Gewerbeobersekretäranwärterinnen und -anwärter	30	15
• 03 310, TG 75	Bergreferendarinnen und -referendare	8	8
• 03 320	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	1	1
• 03 350	Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter	1	-
• 03 750	Brandreferendarinnen und -referendare	8	8
• 03 750	Brandoberinspektoranwärterinnen und -anwärter	8	8

TG 70: Agrarverwaltung; TG 71: Umweltverwaltung; TG 72: Naturschutzverwaltung; TG 74: Arbeitsschutz; TG 75: Bergverwaltung.

Zur Gewinnung von mehr Polizei für Vollzugsaufgaben wurden die Einstellungszahlen bereits mit dem Nachtragshaushalt 2017 auf 2.300 und dem Haushalt 2019 auf 2.500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter erhöht.

Nachdem es in der Folge zunächst zu einer zeitlich begrenzten Erhöhung der Einstellungszahl um weitere 60 kam, wurde im Haushaltsvollzug 2020 dann das Ziel gefasst, diese dauerhaft um 100 zu erhöhen. Nach entsprechender Anpassung der Gesamtzahl im Haushaltsvollzug 2020 und 2021 wird nun auch mit diesem Haushaltsentwurf eine dauerhafte Sicherung der Personalstärke der Polizei durch die Einstellung von 2.600 Kommissaranwärterinnen und -anwärtern gewährleistet. Dies ist notwendig, da derzeit davon ausgegangen werden muss, dass die Belastung der Polizei in NRW, nicht zuletzt wegen der wachsenden Aufgaben bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität und der Kinderpornografie, weiter ansteigt.

Die Bezirksregierungen werden insgesamt 31 sowie die Polizei insgesamt 26 Verwaltungsinformatikanwärterinnen und -anwärter ausbilden. Im Ministerium werden zwei weitere und in der Fortbildungsakademie des IM eine weitere Verwaltungsinformatikanwärterin bzw. ein -anwärter sowie bei der HSPV erstmals eine Anwärtlerin bzw. ein Anwärter ausgebildet werden.

Im Haushalt 2022 werden 307 Einstellungsermächtigungen für Regierungsinspektorinwärterinnen und -inspektorinwärter etatisiert. Die Anzahl der bei der Polizei auszubildenden Regierungsinspektorinwärterinnen und -inspektorinwärter bleibt bei 69, um die hohen Bedarfe in den Behörden zu decken.

Die Zahl der Umweltreferendarinnen und -referendare (um neun auf 20), der Gewerbereferendarinnen und -referendare (um zehn auf 20), der Gewerbeoberinspektorinwärterinnen und -anwärter (um 20 auf 100) und ebenso der Gewerbeobersekretärinwärterinnen und -anwärter (um 15 auf 30) wird zunehmen. Damit erfährt u.a. der Arbeitsschutz eine weitere Stärkung.

Ebenso erhöht sich die Zahl der Auszubildenden nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) gegenüber dem Haushaltsjahr 2021 um neun auf 420. Die Stellen sind wie folgt etatisiert: fünf im Ministerialkapitel, 101 bei der Polizei, 255 bei den Bezirksregierungen, davon 36 in der Titelgruppe 70 – Agrarverwaltung, fünf beim Institut für öffentliche Verwaltung, zehn bei der HSPV und vier beim IdF.



**II.**

**Stellenpläne, Einnahmen und  
Ausgaben nach Kapiteln**

## Kapitel 03 010 Ministerium

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	947	251	651	45	-	939	+8
Stellen	329	8	94	207	20	312	+17
<b>Gesamt</b>	<b>1.276</b>	<b>259</b>	<b>745</b>	<b>252</b>	<b>20</b>	<b>1.251</b>	<b>+25</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	
<i>Vorbereitungsdienst</i>	6		2			4	+2
<i>Auszubildende</i>	5					5	-

Im Ministerium werden 19 neue Planstellen und 31 neue Stellen geschaffen. Die neu eingerichteten Planstellen und Stellen sind für folgende Fachbereiche vorgesehen:

- 8 Planstellen zur Stärkung der Inneren Sicherheit
- 10 (Plan-)Stellen zur Stärkung des Verfassungsschutzes
- 2 Planstellen für die Gefahrenabwehr und den Katastrophenschutz
- 30 Stellen für die Qualifizierungsklasse (LQ 25)

Planstellenumsetzungen für die Informationssicherheit in Kapitel des Geschäftsbereichs sowie zwei Planstellenumsetzungen (E-Government und Rückverlagerung PUA Amri) in das Kapitel 03 110 verringern das Planstellen-Soll. Eine Planstellenumsetzung für OPEN DATA aus dem Kapitel 14 200, drei Planstellenumsetzungen aus dem Kapitel 03 110 sowie die Umwandlung von zwei Stellen in Planstellen erhöhen wiederum das Planstellen-Soll.

30 neue Stellen sind zur Übernahme der Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen zu Verwaltungsfachangestellten mit kw-Vermerk zum 31.12.2026 eingerichtet. Diese Stellen werden den aufnehmenden Behörden/Einrichtungen längstens bis zum 31.12.2026 zusätzlich zur Verfügung gestellt. Spätestens ab dem 01.01.2027 sind die Angestellten dann auf Stellen der jeweiligen Verwaltung zu führen.

Die Umsetzung von insgesamt zwölf Stellen für Absolventinnen und Absolventen der Qualifizierungsmaßnahme für schwerbehinderte Menschen (LQ 24) in andere Kapitel/Einzelpäne sowie die Umwandlung von zwei Stellen in Planstellen verringern das Stellen-Soll.



## Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>14.433.900</b>	<b>34.365.600</b>	<b>-19.931.700</b>	<b>-58,0</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>208.395.300</b>	<b>200.458.100</b>	<b>+7.937.200</b>	<b>+4,0</b>
• Personalausgaben	83.044.400	81.194.900	+1.849.500	+2,3
• Sachausgaben	125.350.900	119.263.200	+6.087.700	+5,1

### Einnahmen

Die Einnahmen sinken insbesondere aufgrund der Absetzung der Erstattungen des Bundes für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 um 19 Mio. EUR. Eine weitere Einnahmensenkung ist auf die Anpassung an das tatsächliche Einkommen aufgrund der Umstellung des Konzessionsverfahrens im Sportwettenbereich und der Ratifizierung des Glücksspielstaatsvertrags zurückzuführen.

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

### Sachhaushalt

Im Saldo erhöhen sich die Sachausgaben um ca. 6,0 Mio. EUR. Wesentliche Einzelpositionen sind die Landtagswahl 2022 (+19,9 Mio. EUR) sowie Aufwüchse für E-Government (+4,7 Mio. EUR) und die zentrale Veranschlagung von Sach- und Dienstleistungskosten (+2,3 Mio. EUR).

Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Einrichtung der neuen Titelgruppe 84 Katastrophenschutz. Zur generellen Stärkung und im Zuge der gestiegenen Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Katastrophenschutzes werden zusätzliche Mittel u.a. für die Finanzierung eines Katastrophenschutzlagers (+1,0 Mio. EUR) auf Landesebene zur Verfügung gestellt.

Außerdem ist ein neuer Titel für die Koordinierungsstelle Cybersicherheit NRW und den Interministeriellen Ausschuss für Cybersicherheit mit einem Ansatz von 300.000 EUR eingerichtet worden.

Dagegen sind aufgrund von einmaligen Investitionen im IT-Bereich im vergangenen Haushaltsjahr (-6,8 Mio. EUR) sowie aufgrund der Anpassung an die Ist-Ausgaben

hinsichtlich der Umstellung des Konzessionsverfahrens im Sportwettbereich sowie Ratifizierungen des Glücksspielstaatsvertrages (-0,7 Mio. EUR) sinkende Ansätze vorgehen.

Umverteilungen der Mittelansätze in den Titelgruppen 82 und 83 aufgrund von Anpassungen an die tatsächlichen Ist-Ausgaben führen im Saldo zu keinen Veränderungen.

Im Einzelnen kommt es zu folgenden wesentlichen Veränderungen:

- Kosten für die Durchführung der Bundestagswahl 2021 (-19,0 Mio. EUR)
- Kosten für die Durchführung der Landtagswahl 2022 (+19,9 Mio. EUR)
- Einmalige IT-Investitionen (-6,8 Mio. EUR)
- Umsetzung der Digitalstrategie in NRW (+4,7 Mio. EUR)
- Zentrale Veranschlagung von Sach- und Dienstleistungskosten (+2,3 Mio. EUR)
- Prävention Jugendkriminalität, insbesondere „Kurve kriegen“ (+2,0 Mio. EUR)
- Verfassungsschutz (+1,2 Mio. EUR)
- Katastrophenschutz (+1,2 Mio. EUR)
- Anpassung hinsichtlich der Umstellung des Konzessionsverfahrens im Sportwettbereich sowie Ratifizierungen des Glücksspielstaatsvertrages (-0,7 Mio. EUR)
- Koordinierungsstelle Cybersicherheit NRW und Interministerieller Ausschuss für Cybersicherheit (+0,3 Mio. EUR)
- Personalgewinnung in der Allgemeinen Inneren Verwaltung (+0,25 Mio. EUR)
- Kosten des Gesetz- und Verordnungsblattes und des Ministerialblattes (+0,24 Mio. EUR)
- Vermischte Ausgaben (+0,2 Mio. EUR)

## Kapitel 03 020 Allgemeine Bewilligungen

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	-	-	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>-33.316.800</b>	<b>-33.316.800</b>	-	-
• Personalausgaben	-	-	-	-
• Sachausgaben	-33.316.800	-33.316.800	-	-
davon Globale Minderausgabe	-42.752.800	-42.752.800	-	-

Das Kapitel 03 020 ist im Zuge der Umstellung des Einzelplans 03 auf EPOS.NRW bereits weitgehend aufgelöst. Mit dem Haushalt 2022 verbleiben u.a. die Soforthilfen zur Milderung von Notständen durch Elementarereignisse sowie die Globale Minderausgabe.

Im Haushalt 2022 ist eine kapitelübergreifende Globale Minderausgabe in Höhe von 42,75 Mio. EUR zu erbringen.



## Kapitel 03 110 Polizei

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	42.085	862	41.223	-	-	41.608	+477
Stellen	9.744	246	4.069	5.164	265	9.041	+703
<b>Gesamt</b>	<b>51.829</b>	<b>1.108</b>	<b>45.292</b>	<b>5.164</b>	<b>265</b>	<b>50.649</b>	<b>+1.180</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	1	-1
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	8.237	-	8.237	-	-	8.042	+195
<i>Auszubildende</i>	110	-	-	-	-	101	+9

Bei den Planstellen werden 570 kw-Vermerke zum 31.12.2021 planmäßig realisiert (nicht mehr erforderliche Übernahmestellen für ausgebildete Kommissaranwärterinnen und -anwärter). Weitere Reduzierungen des Planstellen-Solls resultieren aus vier Planstellenumsetzungen in die Kapitel 03 010 und 03 320. Des Weiteren wurde ein Umwandlungsvermerk planmäßig zum 01.01.2022 realisiert und damit zehn Planstellen der Bes.Gr. A 11 in die Bes.Gr. A 13 (LG 2.2) umgewandelt. Weiterhin werden insgesamt 36 Hebungen innerhalb der LG 2.1 aufgrund der Anpassung der LOgrVO umgesetzt. Fünf Planstellen werden aus dem Kapitel 03 010, insbesondere für Informationssicherheit umgesetzt. Des Weiteren wurden die kw-Vermerke der 500 Planstellen für die Lebensarbeitszeitverlängerung bis zum 31.12.2023 verlängert.

Im Tarifbereich ist ein befristeter Zugang von insgesamt sechs Stellen aus Kapitel 03 010 durch Umsetzungen von Stellen der Qualifikationsklasse LQ 24 zu verzeichnen. Außerdem führt die Umsetzung von zwei Stellen aus dem Kapitel 11 010 zu einem Stellenzuwachs. Eine Verringerung des Stellen-Solls entsteht durch eine Umsetzung in das Kapitel 14 850 für eine Stelle der Qualifikationsklasse LQ 22.

Daneben sieht der Haushaltsentwurf folgende neue Planstellen und Stellen für die genannten Aufgaben vor:

- 989 Übernahme von Kommissarinnen und Kommissaren, davon 573 Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2022
- 500 Regierungsbeschäftigte zur Entlastung des operativen Dienstes gemäß Koalitionsvertrag
- 101 Stärkung der Polizeiverwaltung
- 25 Digitale Polizei
- 123 Bekämpfung von Sexualstraftaten und Cybercrime
- 4 Polizeiärztlicher Dienst

## Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>66.584.500</b>	<b>66.584.500</b>	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>3.888.001.300</b>	<b>3.687.906.900</b>	<b>+200.094.400</b>	<b>+5,4</b>
• Personalausgaben	2.956.090.300	2.851.406.800	+104.683.500	+3,7
• Sachausgaben	931.911.000	836.500.100	+95.410.900	+11,4

### Einnahmen

Gegenüber dem Vorjahr ist keine Veränderung vorgesehen.

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

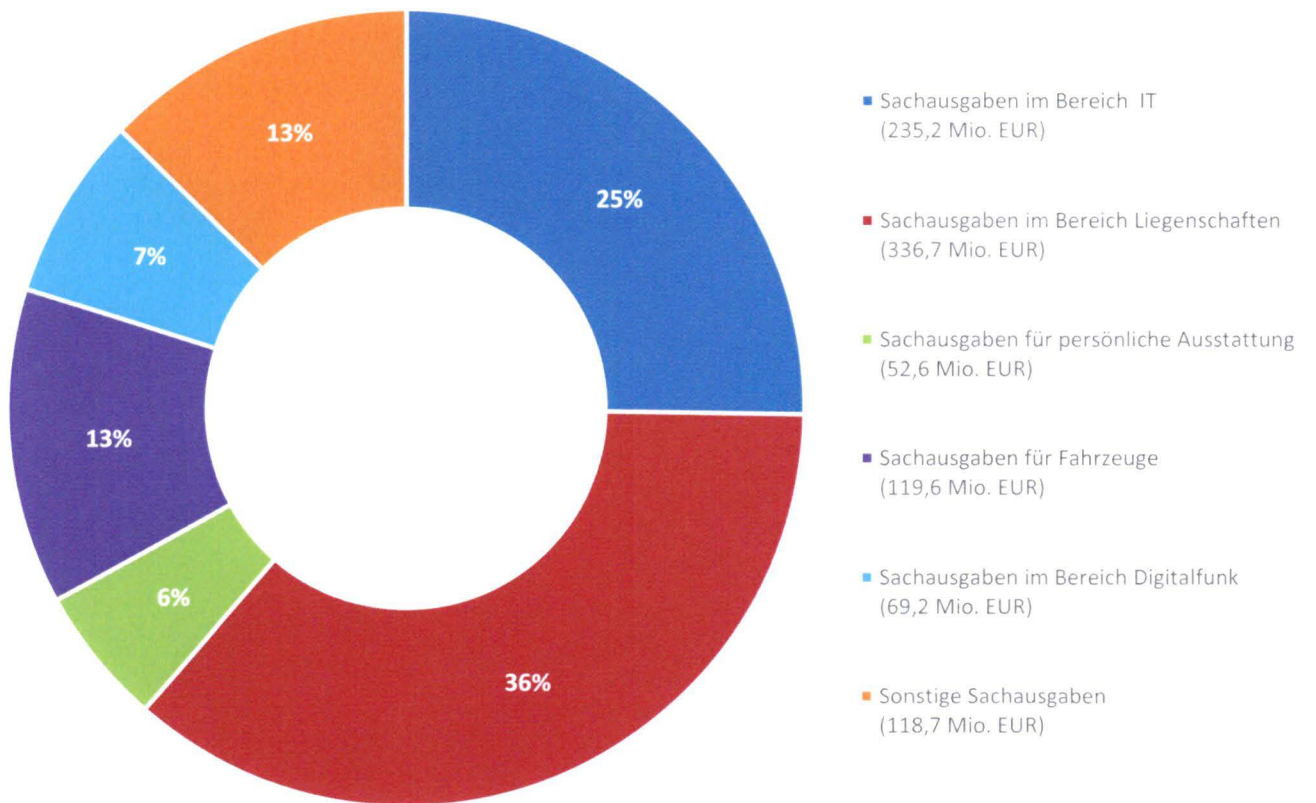
### Sachhaushalt

Für die Sachausgaben werden im Haushaltsjahr 2022 insgesamt 931,9 Mio. EUR veranschlagt. Dieser Verfügungsrahmen überschreitet den Vorjahreswert um 95,4 Mio. EUR.

- Investitionen  
Der Ansatz für den Erwerb von Dienstfahrzeugen (-3,4 Mio. EUR) wird abgesenkt und berücksichtigt damit den festgelegten Beschaffungsturnus. Für den Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen ist eine Ansatzserhöhung eingeplant (+7,7 Mio. EUR).
- Informations- und Kommunikationstechnik  
Für die Informations- und Kommunikationstechnik sind Ansatzserhöhungen von insgesamt etwa 46,1 Mio. EUR geplant. Diese resultieren insbesondere aus gestiegenen Ansätzen für die Herstellungsbetreuung für den technischen Betrieb und für polizeispezifische Fachverfahren (+6 Mio. EUR) sowie für die Unterstützung des technischen Betriebs der lokal eingesetzten IT-Verfahren (+2,5 Mio. EUR). Weiterhin sind Maßnahmen zur Modernisierung polizeispezifischer Fachanwendungen inkl. Erneuerung des Vorgangsbearbeitungssystems (+26,4 Mio. EUR), Erst- und Ersatzbeschaffungen (+4,3 Mio. EUR) und erhöhte Kosten für Softwarelizenzen (+2,5 Mio. EUR) eingeplant. Außerdem erhöhen sich die Kosten für Maßnahmen der IT-Sicherheit und für Reinvestitionen Digitalfunk (+3,9 Mio. EUR).

- Mehrbedarf Kraftstoff für Funkstreifenwagen  
Aufgrund von steigenden Bedarfen an Kraftstoffen wurde der Ansatz um 1,6 Mio. EUR erhöht.
- Liegenschaften  
Für notwendige Sanierungs- und Neuanmietungsmaßnahmen steht eine neue Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 800 Mio. Euro zur Verfügung.  
In diesem Zusammenhang werden auch Mittel für die Bewirtschaftung der Gebäude, die Ausstattung neuer Dienststellen nach Um- bzw. Neubaumaßnahmen und die Beauftragung externer Berater für die rechtssichere Durchführung von Vergabeverfahren bereitgestellt.  
Zur Finanzierung dringender Vorhaben im Bereich der polizeilichen Liegenschaften sind im Saldo rund 7,6 Mio. EUR ansatzverstärkend vorgesehen. Diese setzen sich zusammen aus der Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen sowie der Anpassung der Mietzahlungen an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW).  
Zusätzliche Bedarfe ergeben sich aus notwendigen Sanierungsmaßnahmen baulich abgängiger Gebäude oder aus Neuanmietungen aufgrund des Personalaufwuchses in der Polizei. Viele langfristige Mietverträge sind ausgelaufen bzw. laufen in den nächsten Jahren aus, so dass mit den Vermietern, insbesondere dem BLB NRW, sachgerechte Verlängerungen mit Sanierungsabreden zum Substanzerhalt zu vereinbaren sind.  
Zudem ist ein neuer Titel 821 00 mit einem Ansatz von 10,1 Mio. EUR in den Haushalt eingebracht worden. Veranschlagt sind hier die Kosten für den Erwerb eines Grundstücks für den Erweiterungsbedarf des Polizeipräsidiums Köln am Standort.
- Mehrkosten für die Inanspruchnahme von zwangsläufigen Dienstleistungen  
Aus diesem Titel werden Ausgaben wie z.B. Leichentransport, Abschleppdienst sowie Schlüsseldienst bestritten. Da diese in den vergangenen Jahren stark angestiegen sind und so der Titel regelmäßig unterfinanziert war, soll die vorgesehene Ansatzerhöhung von 10 Mio. EUR hier für Entlastung sorgen.
- Polizei 2020  
Das Land investiert weiterhin in das Programm „Polizei 2020“. Es zielt auf die Harmonisierung der IT-Lösungen der Polizeien des Bundes und der Länder und wird die länderübergreifende Kooperation verbessern. Hierfür sind 12,9 Mio. EUR (+4,3 Mio. EUR) veranschlagt.
- Digitalfunk TG 61  
Die Ansätze steigen um 10,96 Mio. EUR auf insgesamt 66,1 Mio. EUR. Insgesamt bleibt die Planung im Rahmen der genehmigten Haushaltsunterlage.

## Sachausgaben (931,9 Mio. EUR)





## Kapitel 03 130 Deutsche Hochschule der Polizei

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	35	19	13	3	-	35	-
Stellen	88	21	11	40	16	78	+10
<b>Gesamt</b>	<b>123</b>	<b>40</b>	<b>24</b>	<b>43</b>	<b>16</b>	<b>113</b>	<b>+10</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Auszubildende</i>	-	-	-	-	-	-	-

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>15.518.900</b>	<b>14.281.700</b>	<b>+1.237.200</b>	<b>+8,7</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>18.119.500</b>	<b>16.639.400</b>	<b>+1.480.100</b>	<b>+8,9</b>
• Personalausgaben	11.634.900	10.680.600	+954.300	+8,9
• Sachausgaben	6.484.600	5.958.800	+525.800	+8,8

### Einnahmen

Die Finanzierung der DHPol wird gemäß Artikel 5 Absatz 4 des Abkommens über die Deutsche Hochschule der Polizei vom Bund und den Ländern gemeinsam getragen.

### Personalhaushalt

Im Personalhaushalt wird eine neue Planstelle für die Einrichtung eines neuen Fachgebietes (FG I.6) "Polizeigeschichte und Politische Bildung" eingerichtet. Eine Umwandlung einer Planstelle in eine Abordnungsstelle verringert das Planstellen-Soll wiederum. Im Tarifstellenplan werden zehn neue Stellen aufgrund des Personalerweiterungskonzepts und dem neuen Fachgebiet FG I.6 eingerichtet (+0,8 Mio. EUR). Außerdem führen drei neue Abordnungsstellen im Rahmen des Personalerweiterungskonzepts zu einem Mittelaufwuchs (+0,3 Mio. EUR). Des Weiteren wurde eine Tarifierhöhung ansatzerhöhend berücksichtigt.



## **Sachhaushalt**

Der Schwerpunkt bei den Sachausgaben liegt zum einen bei den Annexkosten für die eingerichteten Stellen (+0,05 Mio. EUR) und zum anderen bei der Anpassung an die erhöhten Studierendenzahlen (+0,4 Mio. EUR). Veranschlagt sind außerdem Kosten für eine Preissteigerung bei der Gebäudereinigung, ein neues Leasingfahrzeug sowie eine Steuerberatung. Hinsichtlich der Kosten für die Sanierung des Gebäudes D und für den Anbau an das Gebäude E werden insgesamt zukünftig voraussichtlich 9,1 Mio. EUR benötigt. Aufgrund von Projektverzögerung werden diese Mittel jedoch nicht ansetzerhöhend, sondern durch die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2023 aufgenommen.

Der Haushaltsentwurf sieht außerdem bei den Ausgaben für drittmittelfinanzierte Projekte eine Reduzierung um insgesamt 190.000 EUR vor, denen in gleicher Höhe zweckgebundene Einnahmen gegenüberstehen.

## Kapitel 03 310 Fünf Bezirksregierungen

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	5.406	1.296	3.207	899	4	4.981	+425
Stellen	3.427	60	1.613	1.672	82	3.352	+75
<b>Gesamt</b>	<b>8.833</b>	<b>1.356</b>	<b>4.820</b>	<b>2.571</b>	<b>86</b>	<b>8.333</b>	<b>+500</b>
davon							
Stammkapitel	5.702	953	2.784	1.879	86	5.395	+307
Titelgruppen gesamt	3.131	403	2.036	692	0	2.938	+193
TG 60 (Entmunitionierung)	88	7	46	35	-	88	-
TG 63 (Zust. Stelle gem. Pflegeberufegesetz)	50	10	30	10		50	-
TG 64 (Ausg. für das eGBR)	34	2	5	27	-	0	+34
TG 65 (UfA Büren)	140	7	11	122	-	136	+4
TG 70 (Agrarverwaltung)	371	37	215	119	-	369	+2
TG 71 (Umweltverwaltung)	1.037	184	794	59	-	992	+45
TG 72 (Naturschutzverw.)	67	17	49	1	-	62	+5
TG 74 (Arbeitsschutzverw.)	702	65	483	154	-	602	+100
TG 75 (Bergverwaltung)	78	25	47	6	-	78	-
TG 76 (vormals Förderstelle integrative Beschulung)	10	-	1	9	-	7	+3
TG 77 (vormals Landesstelle Schulsport)	1	-	-	1	-	1	-
TG 80 (Vermessung/Kataster)	337	37	218	82	-	337	-
TG 81 (Kompetenzzentrum Integration)	57	4	18	35	-	57	-
TG 83 (Landessammelstelle für radioaktive Abfälle)	5	-	2	3	-	5	-
TG 84 (Versorgungsverw.)	154	8	117	29	-	154	-
ATZ-Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
ATZ-Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Vorbereitungsdienst	1.712	230	1347	165	-	1.742	-30
Auszubildende	277	-	-	-	-	277	-

Im Kapitel der Bezirksregierungen werden mit dem Haushaltsentwurf 2022 insgesamt 25 Planstellen und Stellen abgesetzt sowie 507 Planstellen und Stellen geschaffen. Die abgesetzten Planstellen und Stellen verteilen sich wie folgt:

- 10 abgesetzte Stellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2021 "Stärkungspaktgesetz"
- 5 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2021 "Breitbandausbau"
- 10 abgesetzte Planstellen mit kw-Vermerk zum 31.12.2021 "ESF-Förderung"

Neue Planstellen und Stellen wurden ausgebracht für:

- 76 gem. § 6 Abs. 9a HHG 2021, kw zum 31.12.2022
- 9 gem. § 6 Abs. 9a HHG 2021, kw zum 31.12.2023
- 21 Dez. 14 Digitalisierung (IM)
- 5 Dez. 21 Clankriminalität (IM)
- 1 Dez. 22 Brandschutz (IM)
- 2 Dez. 22 Luftbildauswertung (IM)
- 34 Dez. 16 elektronisches Gesundheitsberuferegister (MAGS)
- 1 Dez. 22 Rettungswesen (MAGS)
- 12 Dez. 24 Berufsausbildung (MAGS)
- 5 Dez. 24 Infektionsschutz (MAGS)
- 16 Dez. 24 Fachaufsicht (MAGS)
- 3 Dez. 24 Investitionsförderung Pflegeschulen (MAGS)
- 4 Dez. 24 ZapproO (MAGS)
- 5 Dez. 24 Förderung (MAGS)
- 8 Dez. 25 Fahrgeldausfälle (MAGS)
- 10 Dez. 34 ESF Förderung, kw zum 31.12.2023 (MAGS)
- 10 Dez. 55-56 Strahlenschutz (MAGS)
- 90 Dez. 55-56 Stärkung Arbeitsschutz (MAGS)
- 15 Dez. 55-56 Stärkung Arbeitsschutzverwaltung (Verwaltungspersonal) (MAGS)
- 13 Dez. 35 Städtebauförderung (MHKBBG)
- 10 Dez. 35 Strukturstärkungsgesetz BR K (MHKBBG)
- 16 Dez. 47 zusätzliche Aufgaben (MSB)
- 8 Dez. 48 Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung (MSB)
- 9 Dez. 51 Infrastrukturvorhaben-Habitatschutz (MULNV)
- 1 Dez. 52-53 Überwachung
- 14 Dez. 52-54 Strukturwandel Kohle (MULNV)
- 5 Dez. 33 Kohleregion (MULNV)
- 5 Dez. 33 Breitbandausbau, kw zum 31.12.2023 (MULNV)
- 10 Dez. 52-54 langfristige Infrastrukturvorhaben (MULNV)
- 16 Dez. 52-53 Überwachung (MULNV)
- 6 Dez. 54 KRITIS (MULNV)

- 5 Dez. 64 Progres (MWIDE)
- 1 Dez. 33 Kohleregion (MWIDE)
- 11 Dez. 34 Struktur Kohleregion (MWIDE)
- 3 Dez. 28 Förderung Reproduktionsmedizin (MKFFI)
- 4 Dez. 29 UfA Büren (MKFFI)
- 5 Dez. 25 Förderung Radwegebau (VM)
- 5 Dez. 25 BKrFQG (VM)
- 6 Dez. 25 Verkehrsinfrastruktur (VM)
- 2 Dez. 25 Brandschutz-Barrierfreiheit-techn. Aufsicht Straßenbahnen (VM)

Die Anzahl der beabsichtigten Neueinstellungen für Beamtinnen und Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst sinkt von 747 Einstellungsermächtigungen auf 734. Damit werden 2022 insgesamt 1.869 Beamtinnen und Beamte im Vorbereitungsdienst bei den Bezirksregierungen eingestellt sein.

Aussagen zu den kw-Vermerken bei den Bezirksregierungen finden sich im allgemeinen Teil des Erläuterungsbandes unter Nr. 3.3.

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>68.838.000</b>	<b>63.675.100</b>	<b>+5.162.900</b>	<b>+8,1</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>732.552.400</b>	<b>703.726.900</b>	<b>+28.825.500</b>	<b>+4,1</b>
• Personalausgaben	530.223.500	518.092.700	+12.130.800	+2,3
• Sachausgaben	202.328.900	185.634.200	+16.694.700	+9,0

### Einnahmen

Die Einnahmen erhöhen sich um ca. 5,16 Mio. EUR. Diese Einnahmesteigerung resultiert hauptsächlich aus der Ausbringung eines neuen Titels 111 64 „Gebühren für die Leistungen des elektronischen Gesundheitsberuferegisters (eGBR)“ in der neu eingerichteten Titelgruppe 64 „Einnahmen für das eGBR“ i.H.v. knapp 8,7 Mio. EUR.

Einige Titel des Kapitels 03 310 wurden an das Ist-Aufkommen angepasst, hierzu zählen der Titel 119 01 (+800.000 EUR, Vermischte Einnahmen), der Titel 234 00 (-800.000 EUR, Wegfall der Einnahmen aus Zuweisungen des Sondervermögens "Stärkungspaktfonds" gemäß § 2 Absatz 4 Stärkungspaktgesetz), der Titel 231 60 (-4,8 Mio. EUR, Sonstige Erstattungen vom Bund in der Titelgruppe „Entmunitionierung“) sowie der Titel 119 61 (+500.000 EUR, Erbschaften des Fiskus).



Der Titel 111 55 wurde um 193.500 EUR erhöht für die Erstattung von Auslagen bei Gebühreneinnahmen im Zusammenhang mit dem Glücksspielwesen.

### **Personalhaushalt**

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

### **Sachhaushalt**

Die Ausgaben für den Sachhaushalt sind gegenüber dem Vorjahr um knapp 16,7 Mio. EUR gestiegen. Im Wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Veränderungen:

- Erhöhung des Titels 511 01 (Geschäftsbedarf etc.) aufgrund von Annexkosten für die 507 neu eingerichteten Planstellen und Stellen um 3 Mio. EUR
- Anhebung des Miettitels 518 04 um 2 Mio. EUR für Sanierungsmaßnahmen
- Neueinrichtung der Ausgaben-Titelgruppe 64 „Ausgaben für das elektronische Gesundheitsberuferegister (eGBR)“ und Aufnahme des neuen Titels 547 64 mit einem Ansatz i.H.v. ca. 7,1 Mio. EUR (vgl. Erhöhung der Einnahmen in diesem Bereich)
- Eine Zunahme von Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen an problembehafteten Liegenschaften führt zu höheren Ausgaben im Bereich der Fiskalerbschaften (+500.000 EUR)
- Der Titel 518 65 (Mieten und Pachten für Grundstücke, Gebäude, Räume, Geräte, Maschinen und Fahrzeuge) wird um ca. 2 Mio. EUR angehoben für die Anmietung und Einrichtung des Ausreisegewahrsams Düsseldorf
- Absenkung des Titels 812 80 (Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen im Bereich des Vermessungs- und Katasterwesens, Grundstückswertermittlung) um 580.000 EUR aufgrund der Absetzung von abgeschlossenen Investitionen bzw. Investitionsvorhaben.
- Absenkung des Titels 511 90 (Geschäftsbedarf sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die Datenverarbeitung) um 235.200 EUR durch Verlagerung nach Kapitel 14 200 für EA-Landesvertrag mit Microsoft (Lizenzen)

## Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

### Titelgruppe 60 Institut für öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen und Landesprüfungsamt für Verwaltungslaufbahnen

#### Stellenplan

Titelgruppe 60	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	12	2	10	-	-	11	+1
Stellen	24	-	7	10	7	23	+1
<b>Gesamt</b>	<b>36</b>	<b>2</b>	<b>17</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>34</b>	<b>+2</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Auszubildende</i>	5	-	-	-	-	5	-

Eine Planstelle wird aus dem Kapitel 03 110 (Polizeikapitel) sowie eine Stelle aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) verlagert.

#### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>149.100</b>	<b>86.600</b>	<b>+62.500</b>	<b>+72,2</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>4.898.400</b>	<b>4.851.400</b>	<b>+47.000</b>	<b>+1,0</b>
• Personalausgaben	2.239.200	2.199.900	+39.300	+1,8
• Sachausgaben	2.659.200	2.651.500	+7.700	+0,3

#### Einnahmen

Im Einnahmebereich wird der Titel 124 60 (Mieten und Pachten) um 2.500 EUR abgesenkt, da keine Einnahmen aus der Vermietung der Landesmietwohnung mehr generiert werden.

Zur Anpassung an das tatsächliche Aufkommen wird zudem der Titel für die Erstattung der Verpflegungs- und Unterkunftskosten sowie Einnahmen aus der Bewirtschaftung des Gastraumes und der Cafeteria (125 60) um 65.000 EUR erhöht.

## **Sachhaushalt**

Der Sachhaushalt erhöht sich bei dem Titel 514 60 (Ausgaben für Verbrauchsmittel und Verpflegungskosten sowie Haltung von Dienstkraftfahrzeugen und Dienst- und Schutzkleidung) um 10.000 EUR und wird bei dem Titel 525 60 (Aus- und Fortbildung) um 10.000 EUR abgesenkt. Zudem führt die Mietindexsteigerung zu einer weiteren Erhöhung. Für die Ersatzbeschaffung eines Dienst-KFZ wird der Titel 811 60 um 3.900 EUR erhöht.

## Kapitel 03 320 Aus- und Fortbildungseinrichtungen des Ministeriums des Innern NRW

### Titelgruppe 61 Fortbildungsakademie des Ministeriums des Innern NRW

#### Stellenplan

Titelgruppe 61	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	15	6	8	1	-	14	+1
Stellen	26	1	21	4	-	25	+1
<b>Gesamt</b>	<b>41</b>	<b>7</b>	<b>29</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>39</b>	<b>+2</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	2	-	2	-	-	1	+1
<i>Auszubildende</i>	-	-	-	-	-	-	-

Eine Planstelle wird aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) für Informationssicherheit verlagert.

Auch im Haushaltsjahr 2022 wird eine Einstellungsermächtigung sowie eine Stelle für Beamtinnen und Beamten auf Widerruf im Vorbereitungsdienst für Verwaltungsinformatikanwärterinnen und Verwaltungsinformatikanwärter (B.A.) ausgebracht. Eine Stelle für den Ausbau digitaler Angebote wird neu eingerichtet.

#### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>1.137.000</b>	<b>193.000</b>	<b>+944.000</b>	<b>+489,1</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>15.254.100</b>	<b>12.748.100</b>	<b>+2.506.000</b>	<b>+19,7</b>
• Personalausgaben	2.788.400	2.460.500	+327.900	+13,3
• Sachausgaben	12.465.700	10.287.600	+2.178.100	+21,2

#### Einnahmen

Im Einnahmebereich wird der Ansatz für die Erstattung der Seminarkosten von Lehrgangsteilnehmenden um 864.000 EUR sowie der Ansatz für die Erstattung der Kosten für die Ausrichtung von Seminaren außerhalb des Fortbildungsprogramms der Fortbildungsakademie um 80.000 EUR erhöht.



## **Sachhaushalt**

Zur Anpassung des Ansatzes an die tatsächlichen Ausgaben erhöht sich der Titel 511 61 (Geschäftsbedarf etc.) um 10.200 EUR. Für den Ausbau der (digitalen) Seminarkapazitäten sowie des E-Learnings wird der Titel 525 61 um 1.200.000 EUR erhöht, für den Ausbau der datentechnischen Infrastruktur erhöht sich der Ansatz des Titels 538 71 um 32.700 EUR. Weitere Erhöhungen betreffen die Titel für die Miet- und Nebenkosten (+282.300 EUR sowie +249.000 EUR) sowie den Titel 711 61, der für Sanierungsmaßnahmen um 400.000 EUR erhöht wird. Eine weitere Erhöhung i.H.v. 3.900 EUR wird bei Titel 811 61 für die Ersatzbeschaffung eines Dienst-KFZ vorgenommen.

## Kapitel 03 350 Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	472	380	84	8	-	452	+20
Stellen	188	6	55	127	-	170	+18
<b>Gesamt</b>	<b>660</b>	<b>386</b>	<b>139</b>	<b>135</b>	<b>0</b>	<b>622</b>	<b>+38</b>
<i>ATZ-Planstellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>ATZ-Stellen</i>	-	-	-	-	-	-	-
<i>Vorbereitungsdienst</i>	2	-	2	-	-	1	+1
<i>Auszubildende</i>	10	-	-	-	-	10	-

Für die HSPV werden insgesamt 19 neue Planstellen für Lehre und Verwaltung bereitgestellt. Weitere 18 Stellen werden zur Entfristung bisher befristet eingestellter Beschäftigter eingerichtet. Eine weitere Planstelle wird aus dem Kapitel 03 010 (Ministerialkapitel) für Informationssicherheit verlagert.

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>6.000</b>	<b>27.700</b>	<b>-21.700</b>	<b>-78,3</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>85.768.800</b>	<b>78.216.100</b>	<b>+7.552.700</b>	<b>+9,7</b>
• Personalausgaben	52.415.200	50.299.900	+2.115.300	+4,2
• Sachausgaben	33.353.600	27.916.200	+5.437.400	+19,5

### Einnahmen

Die Absenkung im Einnahmehereich resultiert aus der vollständigen Absenkung des Ansatzes des Titels 124 01, da zukünftig keine Mieteinnahmen erzielt werden.

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

Die Erhöhung des Personalhaushalts ergibt sich aus der oben beschriebenen Ausweitung des Stellensolls. Zudem steigen die Ansätze für nebenamtliche Dozentinnen und Dozenten sowie für Fürsorge- und Beihilfeleistungen.

Im Haushaltsjahr 2022 wird im Kapitel 03 350 eine Einstellungsermächtigung sowie nunmehr zwei Stellen für Verwaltungsinformatikanwärtinnen oder Verwaltungsinformatikanwärter (B.A.) im Vorbereitungsdienst ausgebracht.

### **Sachhaushalt**

Im Ausgabebereich erhöhen sich die Kosten für den Geschäftsbedarf etc. (Titel 511 01) um 33.700 EUR sowie die Miet- und Nebenkosten (Titel 517 01: +4.200 EUR, Titel 518 01: +1.533.100 EUR, Titel 518 04: +11.300 EUR). Steigende Kosten für Beratungsleistungen (u.a. baufachliche Beratung, Rechtsanwalts- und Steuerberatung) führen zu einer Erhöhung des Titels 526 01 um 341.300 EUR.

Für Entschädigungszahlungen nach § 8b Absatz 1 Nummer 1 Satz 2 f. EU VOB/A werden 199.000 EUR bei Titel 546 01 eingestellt. Hierbei handelt es sich um Entschädigungszahlungen, die in Vergabeverfahren für Bauleistungen als Aufwendungsersatz fällig werden, wenn durch den öffentlichen Auftraggeber vom Bieter bei der Angebots-einreichung Planungs- und Dokumentationsunterlagen gefordert werden.

Der Titel 546 10 (Überlassung von Personal) wird zur Gegenfinanzierung der neu eingerichteten Stellen zur Entfristung der bisher befristet eingestellten Beschäftigten um 1.057.500 EUR abgesenkt.

Für die Ausstattung des Neubaus in Duisburg wird der Titel 812 00 (Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen) um 4.368.400 EUR erhöht. Eine weitere Erhöhung um 3.900 EUR wird bei Titel 811 01 für die Ersatzbeschaffung eines Dienst-KFZ vorgenommen.

## Kapitel 03 710 Feuerschutz und Hilfeleistung

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>380.000</b>	<b>380.000</b>	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>64.903.900</b>	<b>67.893.600</b>	<b>-2.989.700</b>	<b>-4,4</b>
• Personalausgaben	141.000	141.000	-	
• Sachausgaben	64.762.900	67.752.600	-2.989.700	-4,4

### Einnahmen und Personalhaushalt

Hinsichtlich der Einnahmen und der Personalausgaben ergeben sich keine Änderungen.

### Sachhaushalt

Die Landeszuschüsse an Gemeinden zur Förderung des Feuerschutzes und der Hilfeleistung (Titel 883 10) errechnen sich aus dem geschätzten Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer i.H.v. rund 107 Mio. EUR abzüglich der übrigen aus den Mitteln der Feuerschutzsteuer finanzierten Ausgaben des Kapitels 03 710 sowie den Zuschüssen an das IdF (Kapitel 03 750). Der Ansatz beträgt unter Einbeziehung der Einnahmen des Kapitels 03 710 rund 7,52 Mio. EUR. Dies sind rund 18,05 Mio. EUR weniger als der Vorjahresansatz. Diese starke Absenkung ist auf den erhöhten Zuschussbedarf des IdF sowie die Ansatzserhöhung für die Kosten der Ausstattung mit Landesfahrzeugen (+14 Mio. EUR) zurückzuführen. Für den Haushaltsvollzug wird jedoch faktisch mit Zuschüssen i.H.v. rund 41 Mio. EUR geplant. Der Differenzbetrag wird durch verfügbare Ausgabereste getragen.

Weitere wesentliche Einzelpositionen bei den Sachausgaben sind die Ausgaben für Veranstaltungen (+1,4 Mio. EUR), die Ausgaben für die Aufklärung im Feuer- und Katastrophenschutz (-0,4 Mio. EUR) sowie die Ausgaben für Sachverständige (-0,1 Mio. EUR).



## Kapitel 03 750 Institut der Feuerwehr NRW

### Stellenplan

	2022	LG 2.2	LG 2.1	LG 1.2	LG 1.1	2021	+/-
Planstellen	133	38	84	11	-	121	+12
Stellen	49	3	15	22	9	49	-
<b>Gesamt</b>	<b>182</b>	<b>41</b>	<b>99</b>	<b>33</b>	<b>9</b>	<b>170</b>	<b>+12</b>

ATZ-Planstellen	-	-	-	-	-	-	-
ATZ-Stellen	-	-	-	-	-	-	-
Vorbereitungsdienst	33	16	17	-	-	33	-
Auszubildende	13	-	-	-	-	13	-

Insgesamt werden 12 neue Planstellen für das IdF eingerichtet. Sieben Planstellen sind für den Aufbau und Aufwuchs eines Standortes zur Kapazitätserweiterung vorgesehen und die weiteren fünf Planstellen für die Forschungscoordination, für das Projekt Masterplan, sowie die Koordination VAP2.2-Feu und ANTRAGO. Bei den Tarifstellen ist eine zusätzliche Stelle der LG 2.2 für einen Dozenten/eine Dozentin eingerichtet worden und dafür gleichzeitig eine Stelle der LG 2.1 abgesetzt worden, sodass im Saldo kein Aufwuchs des Stellensolls zu verzeichnen ist.

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>2.014.000</b>	<b>1.404.000</b>	<b>+610.000</b>	<b>+43,5</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>44.490.100</b>	<b>37.890.400</b>	<b>+6.599.700</b>	<b>+17,4</b>
• Personalausgaben	11.494.700	10.596.500	+898.200	+8,5
• Sachausgaben	32.995.400	27.293.900	+5.701.500	+20,9

### Einnahmen

Die Einnahmen steigen durch eine veränderte Berechnungsgrundlage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, aufgrund welcher sich höhere Erstattungen des Bundes für die zivilschutzbezogene Ausbildung generieren lassen (+0,61 Mio. EUR).



## **Personalhaushalt**

Die Personalausgaben sind nach den Vorgaben des Ministeriums der Finanzen berechnet und berücksichtigen die vorgenannten Stellenveränderungen sowie die Erhöhung der Arbeitgeberanteile, eine Indexierung der Beihilfe- sowie der Fürsorgeleistungen.

## **Sachhaushalt**

Beim Sachhaushalt erhöht sich der Ansatz, da das IdF seine Kapazitäten ausbaut, um die steigende Nachfrage nach Lehrgängen und Seminaren bedienen zu können.

Die Ansatzerhöhungen bei den konsumtiven Sachausgaben (Hauptgruppe 5) ergeben sich im Wesentlichen aus dem Mehraufwand für die externen Fortbildungsveranstaltungen (+1,84 Mio. EUR) und den mit der Steigerung des Lehrangebots am IdF verbundenen personellen und materiellen Ressourcen für die Kapazitätserweiterung (+0,5 Mio. EUR).

Bei den investiven Sachausgaben der Hauptgruppe 7 sind insbesondere Ansatzverschiebungen in den Haushalt eingebracht worden, welche im Saldo noch zu einer Ansatzerhöhung von insgesamt 0,64 Mio. EUR führen. Hierbei sind die Kosten für projektübergreifende Planung, Bauleitung, Vorentwurfs- und Entwurfsplanung sowie Genehmigungsplanung (Masterplan Münster und Telgte), die Sanierung des Gebäudes A 4 (Standort Münster), den Neubau eines Unterkunftsgebäudes (Standort Münster) und den Neubau der Fahrzeughalle West (Standort Telgte) ausgebracht worden.

Des Weiteren sind umfangreiche Beschaffungen für den Fuhrpark (+3,1 Mio. EUR) vorgesehen. Einmalige Beschaffungen von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen für die Bereiche Informationstechnik, Lehre und Lernen sowie Digitalfunk und Leitstelle im vergangenen Haushaltsjahr verringern die Sachausgaben wiederum (-0,64 Mio. EUR).

Außerdem ist ein neuer Titel für einen Grundstückserwerb im Zusammenhang mit den umfangreichen Baumaßnahmen mit einem Strichansatz veranschlagt worden.

## Kapitel 03 810 Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz und sonstige Wiedergutmachungsleistungen

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>12.667.400</b>	<b>12.667.400</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>31.771.900</b>	<b>34.193.900</b>	<b>-2.422.000</b>	<b>-7,1</b>

Die Geldrenten nach dem Bundesentschädigungsgesetz sowie weitere Zuweisungen und Zuschüsse werden an die voraussichtliche Ist-Entwicklung angepasst.

## Kapitel 03 900 Versorgung der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>3.241.700</b>	<b>2.698.800</b>	<b>+298.400</b>	<b>20,1</b>
<b>Ausgaben</b>	<b>225.693.300</b>	<b>239.863.800</b>	<b>-14.170.500</b>	<b>-5,8</b>
• Personalausgaben	220.315.400	235.517.600	-15.202.200	-6,4
• Sachausgaben	5.377.900	4.346.200	+1.031.700	+23,7

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich senken sich aufgrund der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung.

Die durch die Versorgung der Beamtinnen und Beamten des IdF entstehenden Ausgaben (Kapitel 03 750) sind in den Deckungskreis der zweckgebundenen Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer einbezogen. Gleiches gilt für die in den Kapiteln 03 010 und 03 310 für Aufgaben der Gefahrenabwehr etatisierten Planstellen.

### Sachhaushalt

Im Sachhaushalt wurden die Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.

## Kapitel 03 910 Versorgung der Beamtinnen und Beamten der Polizei- behörden und Polizeieinrichtungen des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen

### Einnahmen und Ausgaben

	2022	2021	+/-	in v.H.
<b>Einnahmen</b>	<b>2.549.200</b>	<b>2.549.200</b>	-	-
<b>Ausgaben</b>	<b>1.433.485.000</b>	<b>1.366.662.600</b>	<b>+66.822.400</b>	<b>+4,8</b>
• Personalausgaben	1.423.319.800	1.358.636.100	+64.683.700	+4,7
• Sachausgaben	10.165.200	8.026.500	+2.138.700	+26,6

### Personalhaushalt

Die Personalausgaben im Versorgungsbereich sind auf Basis der Berechnung des Ministeriums der Finanzen unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Veränderung der Zahl der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger sowie der Tarif- und Besoldungserhöhung ermittelt.

### Sachhaushalt

Bei den Sachausgaben sind die Ansätze für Erstattungen von Versorgungsbezügen an Bund, Länder und Gemeinden an die Ist-Entwicklung angepasst.







Ministerium des Innern  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstr. 62-80  
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01  
Telefax 0211 871-3355

[poststelle@im.nrw.de](mailto:poststelle@im.nrw.de)  
[www.im.nrw](http://www.im.nrw)

